

**Weil's
uns um
mehr
geht.**

Landesprogramm Oberösterreich

junos
Schüler_innen

Präambel

Während viele Bereiche unseres alltäglichen Lebens ständig erneuert werden, verharrt das oberösterreichische Schulsystem auf veralteten Normen und Prinzipien. Um auch in den Schulen auf dem neuesten Stand zu sein, braucht es kreative und neue Ansätze zur Aufwertung des Schulalltages. Nun ist es die Aufgabe von uns Schülerinnen und Schülern, das Schulsystem nachhaltig zu verbessern.

Transparenz

Nachvollziehbare Reihung der Anträge

Das Schüler_innen Parlament ist in Oberösterreich der einzige Ort, wo jede_r Schüler_in seine eigenen Interessen vertreten kann. Um aber einen gerechten und sinnvollen Ablauf des SiPs sicherstellen zu können, müssen auch die eingebrachten Anträge transparent und demokratisch gereiht werden. Da dies bisher nicht der Fall war fordern wir eine nachvollziehbare Abstimmung über die eingebrachten Anträge nach dem Alex Müller Verfahren. Hier können alle Teilnehmer_innen des SiPs eine bestimmte Anzahl an Punkten vergeben und daraus ergibt sich eine demokratische Reihung der Anträge.

Die LSV soll einen Geschäftsordnungsantrag einbringen, der die demokratische Abstimmung der Anträge nach dem Alex-Müller-Verfahren fordert.

Veröffentlichung Wahlergebnis

Das Ergebnis der LSV-Wahlen ist nicht einsehbar für normale Schüler/Innen, da man von keiner Seite Informationen bekommt. Das Einzige, was derzeit sichtbar ist, sind die aktiven Landesschüler_innenvertreter_innen, aber es gibt auch eine passive LSV. Wer ist Mitglied davon, bzw. wie viele Stimmen bekam der Kandidat, dem ich meine Stimme gegeben habe? Wir fordern also die Veröffentlichung des vollständigen LSV-Wahl-Ergebnis, damit sich jeder Interessierte informieren kann, wer nun wirklich in seiner gesetzlichen Vertretung ist Außerdem ist dies ein erster Schritt in Richtung Transparenz in der LSV.

Wir fordern die LSV dazu auf, das Ergebnis der LSV-Wahl lückenlos zu veröffentlichen.

Politisch neutral

Da die LSV die Vertretung aller Schüler_innen Oberösterreich darstellt ist es wichtig, dass diese auch politisch unabhängig agiert. Um den Einfluss von politischen Parteien in der LSV kontrollieren zu können, braucht es eine Veröffentlichung aller Aktivitäten der LSV mit politischen Organisationen. Diese Offenlegung soll für jede_n Schüler_in zugänglich sein und verständnisvoll gestaltet werden.

Wir fordern, dass jegliche Kooperation der LSV zu politischen Organisationen offengelegt wird.



Offenlegung der LSV-Finanzen

Die LSV ist derzeit nicht dazu verpflichtet, ihre finanziellen Unterstützungen und Ausgaben zu veröffentlichen. Dennoch ist es unverständlich, warum die Ausgaben der LSV nicht einmal auf Anfrage im SiP veröffentlicht werden. Im Sinne der Transparenz und der Fairness ist es aber essenziell, dass alle Finanzen einsehbar sind. Nur so können die Ausgaben und Einnahmen der LSV kontrolliert und nachvollzogen werden.

Wir fordern, dass sich die LSV dafür einsetzt, ihre Finanzen offenlegen zu dürfen und diese dann für jede_n Schüler_in offen zugänglich macht. Sollte dies rechtlich nicht möglich sein, sollte die LSV ihre Anträge auf Finanzierung an die Bildungsdirektion und die Bestätigung oder Ablehnung dieser zugänglich machen.

Mündigkeit

Factsheets politische Bildung

Schon seit Jahren fordern die Schüler_innen sowohl im SiP, als auch im öffentlichen Diskurs den Ausbau von politischer Bildung in der Schule. Da die zuständigen Behörden diesen Forderungen noch nicht nachgegangen sind, liegt die Verantwortung bei der LSV die politische Bildung an den Schulen voranzutreiben. Deshalb ist es sinnvoll, dass vor Nationalrats-, Landtags- und Bundespräsidentenwahlen Factsheets über die antretenden Parteien und Personen veröffentlicht werden. Diese Factsheets sollen anschließend an alle Schulen ausgeschickt werden, die jene dann an die Schüler_innen verteilen.

Deshalb fordern wir von der LSV die Erstellung und Veröffentlichung von Factsheets zur politischen Information vor anstehenden Nationalrats-, Landtags-, Bundespräsidentenwahlen.

SGA-What?

Der Schulgemeinschaftsausschuss ist in Österreich ein gesetzlich verankert Instrument für die Absprache zwischen der Direktor_in, den Eltern, den Lehrer_innen und vor allem den Schüler_innenvertreter_innen. Außerhalb der Schüler_innenvertretung wissen aber die wenigsten Schülerinnen und Schüler, dass es diese innerschulische Kommunikation gibt. Unserer Meinung nach hat jedoch jede Schülerin und jeder Schüler es verdient, über die Entscheidungen und Diskussionen des SGAs informiert zu werden.

Die wichtigen Angelegenheiten, die der Schulgemeinschaftsausschuss beschließt, bleiben meist im Verborgenen und für Schüler_innen uneinsichtig. Im Sinne der Transparenz und der Mündigkeit jede_r Schüler_in ist es daher die einzig richtige Entscheidung, die ohnehin mitgeschriebenen SGA-Protokolle zu veröffentlichen. Nur mit einer transparenten Offenlegung der Entscheidungen und Projekte, die von den

Vertretern_innen der Schulgemeinschaft beschlossen werden, kann gewährleistet werden, dass die Schüler_innen nicht im Verborgenen verbleiben. Die beschlossenen Anträge und Projekte werden ohnehin umgesetzt, aber Schüler_innen können die Abläufe in der eigenen Schule oft nicht nachvollziehen.

Die Protokolle der SGA-Sitzungen für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend offengelegt.

Mehr Aufklärung in Form von Factsheets über den SGA veröffentlicht wird.

Chancengerechtigkeit

Ethik statt Religion

In Österreich gibt es die Religionsfreiheit. Diese „Freiheit“ kann aber gerade von jungen Schüler_innen nicht gelebt werden. Beim Eintritt in die Hauptschule sind die meisten der Schüler_innen noch nicht dazu bereit, sich eine umfassende Meinung über die verschiedensten Glaubensrichtungen zu bilden. Deshalb ist es unverständlich, dass dennoch die meisten von jenen in den Religionsunterricht geschickt werden. Viel sinnvoller wäre es an dieser Stelle nicht den Religionsunterricht, sondern den Ethikunterricht verpflichtend zu machen. Ab dem 14. Lebensjahr soll dann selbst entschieden werden, ob der Religionsunterricht oder der Ethikunterricht besucht wird.

Die LSV soll sich dafür einsetzen, dass ein verpflichtender Ethikunterricht eingeführt wird.

Wenn dies ausdrücklich erwünscht ist, sollte dennoch die Möglichkeit bestehen einen Religionsunterricht zu besuchen.

Berufsschulen

Verpflichtendes Französisch an Fachspezifischen Berufsschulen

In den fachspezifischen Berufsschulen und Tourismusschulen wurde der verpflichtende Französischunterricht abgeschafft. Diese Entscheidung bringt jedoch folgenschwere Defizite in der Ausbildung mit sich. Viele der Auszubildenden können die relevanten Begriffe in der Gastronomie nicht aussprechen geschweigenen verstehen. Darum ist es wichtig, dass an den fachspezifischen Berufsschulen das Fach Französisch wieder eingeführt wird, um optimal auf das Berufsleben vorbereitet zu werden.

Wiedereinführung des verpflichteten Französischunterrichts in fachspezifischen Berufsschulen im Bereich der Gastronomie und Tourismusschulen.